

Verwaltungsvorschrift
des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
zur einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen
(VwV einzelbetriebliche Förderung)

Vom 29. April 2015 – Az.: 27-8510.00

INHALTSÜBERSICHT:

I. Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)

1. Zuwendungsziel
2. Begriffsbestimmungen
3. Rechtsgrundlagen
4. Gegenstand der Förderung
5. Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfänger
6. Zuwendungsvoraussetzungen
7. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen
8. Sonstige Zuwendungsbestimmungen
9. Kumulierbarkeit
10. Beihilferechtliche Freistellung

II. Förderung von Investitionen zur Diversifizierung

11. Zuwendungsziel
12. Rechtsgrundlagen
13. Gegenstand der Förderung
14. Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfänger
15. Zuwendungsvoraussetzungen
16. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen
17. Zweckbindungsfrist
18. Kumulierbarkeit

III. Verfahren

19. Förderantrag und Bewilligung
20. Zahlungsantrag
21. Zahlung und Verbuchung
22. Beginn und Abschluss
23. Kontrollen
24. Kürzungen und Sanktionen

25. **Publizität**
26. **Transparenz**
27. **Evaluierung**
28. **Prüfungsrechte**
29. **Inkrafttreten, Geltungsdauer,**

Anlage 1: Bauliche Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung

Anlage 2: Gewährung und Verwaltung von Bürgschaften

Anlage 3: Aufgaben der Betreuerin/des Betreuers im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung

Abkürzungen:

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFP	Agrarinvestitionsförderungsprogramm
ALG	Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
ANBest-P	Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung
Anhang I Produkte	Liste zu Artikel 38 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
CSV	Comma-separated values (Datenformat in Dateien)
EGFL	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EU	Europäische Union
KUP	Kurzumtriebsplantagen
LHO	Landeshaushaltsordnung
LVwVfG	Landesverwaltungsverfahrensgesetz
FAKT	Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl
MEPL	Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2014 - 2020 (MEPL III)
SEU	Stabsstelle Steuerung und Koordinierung von EU-Maßnahmen

I. Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)

1. Zuwendungsziel

Zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, besonders umweltschonenden und besonders tiergerechten Landwirtschaft können investive Maßnahmen in landwirtschaftlichen Unternehmen gefördert werden.

Gefördert werden Maßnahmen zur

- Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen;
- Verbesserung des Tierwohls;
- Erhöhung der betrieblichen Wertschöpfung

unter besonderer Berücksichtigung der Verbesserung des Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutzes.

2. Begriffsbestimmungen

2.1. Unter der Verarbeitung eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses ist die Einwirkung auf ein Erzeugnis zu verstehen, das im Anhang I des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) genannt ist und bei dem auch das daraus entstehende Erzeugnis ein Anhang I-Produkt ist.

2.2. Kleinst- und kleine Unternehmen entsprechen der Definition im Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014.

2.3. Operationelle Gruppen (OG) gemäß Artikel 56 der ELER-Verordnung sind Teil der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftlicher Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP Agri). Sie werden von Landwirten und/oder Unternehmen der Verarbeitung mit anderen Interessengruppen, wie z.B. Forschern und Beratern, gegründet mit dem Ziel, innovative Erzeugnisse, Verfahren, Prozesse und Technologien zu entwickeln, durchzuführen und zu begleiten.

3. Rechtsgrundlagen

Die Zuwendungen werden gewährt nach

- der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20. Dezember 2013 S. 320),
- der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20. Dezember 2013 S. 487), zuletzt geändert durch delegierte Verordnung (EU) Nr. 994/2014 der Kommission vom 13. Mai 2014 (ABl. L 280 vom 24. September 2014 S. 1),
- der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20. Dezember 2013 S. 549), geändert durch Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20. Dezember 2013 S. 865),
- der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 808/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (ABl. L 227 vom 31. Juli 2014 S. 18),
- der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des

Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Cross-Compliance (ABl. L 227 vom 31. Juli 2014 S. 69),

- der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 821/2014 der Kommission vom 28. Juli 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Einzelheiten betreffend die Übertragung und Verwaltung von Programmbeiträgen, die Berichterstattung über Finanzinstrumente, die technischen Merkmale der Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für Vorhaben und das System zur Aufzeichnung und Speicherung von Daten (ABl. L 223 vom 29. Juli 2014 S. 7),
- der delegierten Verordnung (EU) Nr. 640/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem und die Bedingungen für die Ablehnung oder Rücknahme von Zahlungen sowie für Verwaltungssanktionen im Rahmen von Direktzahlungen, Entwicklungsmaßnahmen für den ländlichen Raum und der Cross-Compliance (ABl. L 181 vom 20. Juni 2014 S. 48),
- der delegierten Verordnung (EU) Nr. 807/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (E-LER) und zur Einführung von Übergangsvorschriften (ABl. L 227 vom 31. Juli 2014 S. 1),
- der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 193 vom 1. Juli 2014 S. 1),
- dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" in der Fassung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934),
- dem Maßnahmen und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2014 - 2020 (MEPLIII),

- den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) und den Verwaltungsvorschriften hierzu in der jeweils geltenden Fassung sowie nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift.

Die Zuwendungen werden ohne Rechtspflicht im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch die Bewilligungsbehörden nach pflichtgemäßem Ermessen bewilligt. Für die Aufhebung und Erstattung der Zuwendungen sind die Vorschriften des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG), insbesondere die §§ 48, 49 und 49 a LVwVfG sowie Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 809/2014 anzuwenden.

4. Gegenstand der Förderung

4.1. Förderfähig sind Investitionen in langlebige Wirtschaftsgüter einschließlich der Erschließungsmaßnahmen, die

- die Voraussetzungen des Artikels 17 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 (ELER) sowie für die Primärproduktion die Anforderungen des Artikel 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 und für die Verarbeitung und Vermarktung die Anforderungen des Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 erfüllen,
- der Erzeugung, Verarbeitung oder Direktvermarktung von Anhang I-Produkten dienen und
- durch Schaffung der baulichen und technischen Voraussetzungen einem oder mehreren der unter Nummer 1 genanntenwendungszwecke dienen.

Bemessungsgrundlage der Förderung von Investitionen sind die nachfolgend aufgeführten Ausgaben, soweit sie für die zu fördernden Vorhaben notwendig sind:

- Errichtung, Erwerb oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen,
- Kauf von neuen Anlagen der Innenwirtschaft, einschließlich der für den Produktionsprozess notwendigen Computersoftware, bis zum marktüblichen Wert des Wirtschaftsgutes,
- Anlage von Dauerkulturen im Obstbau,
- allgemeine Aufwendungen, etwa für Architektur- und Ingenieurleistungen, Beratung, Betreuung von baulichen Investitionen, Durchführbarkeitsstudien, sowie für den Erwerb von Patentrechten und Lizenzen, bis zu einem Höchstsatz von insgesamt 12 Prozent der in den ersten drei Tirets genannten zuwendungsfähigen Ausgaben.

4.2. Eingeschränkte Förderung

4.2.1. Beachtung betrieblicher Referenzmengen

Investitionen in Bereichen mit betrieblichen Referenzmengen sind nur im Rahmen dieser Referenzmengen zuwendungsfähig¹. Der Nachweis der betrieblichen Referenzmenge ist spätestens bei Vorlage des Verwendungsnachweises zu erbringen.

4.2.2. Investitionen im Sektor Obst und Gemüse

Investitionen im Sektor Obst und Gemüse sind bei Mitgliedern von Erzeugerorganisationen nur insoweit zuwendungsfähig, wie sie nicht Bestandteil des operationellen Programms der Erzeugerorganisation sind und den Förderzielen der Erzeugerorganisation nicht entgegenstehen.

4.2.3. Investitionen im Weinbau

In Weinbaubetrieben sind nur Investitionen zuwendungsfähig, die der Erzeugung (bis einschließlich der Traubenernte) zuzurechnen sind mit Ausnahme von Tröpfchenbewässerungsanlagen auf Rebflächen.

4.2.4. Investitionen in die Tierhaltung

Investitionen in bauliche und technische Anlagen der Tierhaltung sind zuwendungsfähig, sofern die vorhandenen und geplanten Tierplätze im antragstellenden Unternehmen die für folgende Tierarten festgelegte Anzahl an Tierplätzen nicht überschreiten.

Tierart	Tierplätze
Hennen	15000
Junghennen	30000
Mastgeflügel	30000
Truthühner	15000
Rinder	600
davon Milchkühe	300
Kälber	500
Mastschweine	3000
Zuchtsauen einschließlich Ferkel bis 30 kg	560
Ferkel (10-30 kg)	4500

¹ Teil II, Kapitel 1, Nummer 1.1.1, Randnummer 134 der Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten 2014 – 2020, (ABl. C 204 vom 1. Juli 2014, S. 1).

Bei der Ermittlung der Tierplätze sind sowohl die Tierplätze zu Grunde zu legen, die im antragstellenden Unternehmen vorhanden sind, als auch die Tierplätze von Unternehmen, an denen das antragstellende Unternehmen oder dessen Betriebsinhaber/Betriebsinhaber oder Gesellschafterin/Gesellschafter oder deren Ehe-/Lebenspartner/in beteiligt sind. Bei Unternehmensteilungen innerhalb der letzten beiden Jahre vor der Antragstellung sind bei der Ermittlung der vorhandenen Tierplätze die vor der Teilung vorhandenen Tierplätze zu Grunde zu legen.

Hält das Unternehmen verschiedene Tierarten, sind diese anteilig, gemessen an der jeweiligen Obergrenze, zu berücksichtigen. Für Betriebszusammenschlüsse im Sinne von Nummer 5.1.3 sind nach Zustimmung des Ministeriums Ausnahmen möglich.

4.2.5. Flächenbindung der Tierhaltung

Der Tierbesatz des landwirtschaftlichen Unternehmens darf nach Durchführung der Investition zwei Großvieheinheiten je Hektar selbst bewirtschafteter landwirtschaftlich genutzter Fläche nicht überschreiten. Die Berechnung der Großvieheinheiten erfolgt nach dem FAKT-Umrechnungsschlüssel.

Der Nachweis ist anhand des Investitionskonzeptes und ggfs. anhand von ergänzenden Erläuterungen zu erbringen.

Sofern zwei Großvieheinheiten je Hektar selbst bewirtschafteter landwirtschaftlich genutzter Fläche überschritten werden, kann ausnahmsweise anhand von Dungabnahmeverträgen dargelegt werden, dass der Dunganfall entsprechend verwertet werden kann. Darüber hinausgehende Vorgaben des landwirtschaftlichen Fachrechts bleiben unberührt.

4.2.6. Investitionen in Bewässerungsanlagen

Bei Investitionen in bestehende Bewässerungsanlagen muss bei Entnahme aus Wasserkörpern, die sich in mengenmäßig gutem Zustand befinden, ein Wassereinsparpotential von mindestens 25 Prozent erreicht werden. Bei Entnahme aus Wasserkörpern, die sich in einem schlechteren Zustand befinden, muss darüber hinaus eine effektive Wassereinsparung von 50 Prozent des in Satz 1 genannten Wassereinsparpotentials nachgewiesen werden.

Bei Investitionen, die zu einer Nettovergrößerung der bewässerten Fläche führen, müssen sich alle betroffenen Wasserkörper zumindest im guten mengenmäßigen Zustand befinden. Im Rahmen der wasserrechtlichen Genehmigung ist sicherzustel-

len, dass die Investitionen keine negativen Umweltauswirkungen haben. Befinden sich die betroffenen Wasserkörper in einem schlechteren als dem guten mengenmäßigen Zustand, können die Investitionen nur in Verbindung mit einer bestehenden Bewässerungsanlage gefördert werden. Dabei muss ein Wassereinsparpotential von mindestens 25 Prozent und eine effektive Wassereinsparung von 50 Prozent des Wassereinsparpotentials erreicht werden.

Diese Investitionen müssen die Bedingungen des Artikels 46 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 erfüllen. Die Errichtung von Neuanlagen und die Erweiterung bestehender Anlagen können nur gefördert werden, wenn sie mit EU-Mitteln kofinanziert werden.

4.2.7. Betreuung

Die Gebühren für die Betreuung von Investitionsvorhaben sind bei einem zuwendungsfähigen baulichen Investitionsvolumen von mehr als 100 000 Euro zuwendungsfähig.

4.3. **Förderungsausschluss**

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

- 4.3.1. der Erwerb von Produktionsrechten und Gesellschaftsanteilen, Tieren, Pflanzrechten oder einjährigen Pflanzen sowie Ersatzinvestitionen,
- 4.3.2. genehmigungspflichtige Vorhaben, für die keine Genehmigung vorliegt und die nicht im Einklang mit den für das Vorhaben einschlägigen umweltrechtlichen Vorgaben stehen,
- 4.3.3. Investitionen zur Anpassung an neue Anforderungen des Unionsrechts nach Artikel 17 Absatz 5 und 6 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013,
- 4.3.4. Investitionen in die Anbindehaltung, Nachtreibhilfen, die elektrische Spannung abgeben,
- 4.3.5. Maschinen und Geräte für die Außenwirtschaft, Maschinen der Innenwirtschaft,
- 4.3.6. Zinsen, laufende Betriebsausgaben, Ablösung von Verbindlichkeiten, Erbabfindungen, Kreditbeschaffungskosten und Gebühren für eine Beratung in Rechtssachen,
- 4.3.7. Investitionen in Wohnungen, Verwaltungsgebäude und separate Gebäude mit Sozialräumen,

- 4.3.8. Umsatzsteuer, Skonti, Beiträge, unbare Eigenleistungen und sonstige Preisnachlässe,
- 4.3.9. Maschinen- und Erntelagerhallen mit Ausnahme klimatisierter Lagerräume für Obst, Gemüse und sonstige Sonderkulturen, wenn sie die von den Ländern festgelegten besonderen Anforderungen an den Ressourcenschutz erfüllen,
- 4.3.10. Energiegewinnungsanlagen sowie damit zusammenhängende bauliche Anlagen und technische Einrichtungen, die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz oder das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz begünstigt werden können,
- 4.3.11. Landankauf,
- 4.3.12. Investitionen in der Aquakultur und der Binnenfischerei,
- 4.3.13. Investitionen in die Herstellung von Erzeugnissen zur Imitation oder Substitution von Milch oder Milcherzeugnissen.

5. Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfänger

5.1. Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfänger sind:

5.1.1. Natürliche oder juristische Personen, die Unternehmen, unbeschadet der gewählten Rechtsform führen, die im Sinne des Anhangs 1 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 Kleinst- oder kleine Unternehmen sind,

- wobei die Geschäftstätigkeit der natürlichen oder juristischen Personen zu wesentlichen Teilen (mehr als 25 Prozent Umsatzerlöse) darin besteht, durch Bodenbewirtschaftung oder durch mit Bodenbewirtschaftung verbundener Tierhaltung pflanzliche oder tierische Erzeugnisse zu gewinnen, und
- die Unternehmen die in § 1 Absatz 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) genannte Mindestgröße erreichen oder überschreiten.

Als Tierhaltung im Sinne des ersten Tirets gelten auch die Imkerei, die Aquakultur, die Binnenfischerei, die Pensionspferdehaltung sowie die Wanderschäferei.

5.1.2. Natürliche oder juristische Personen, die im Sinne des Anhangs 1 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 Kleinst- oder kleine Unternehmen führen, dabei unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen und einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften.

5.1.3. Betriebszusammenschlüsse von Landwirtinnen und Landwirten

Ein Einzelunternehmer kann auch im Rahmen eines Betriebszusammenschlusses gefördert werden. Unter einem Betriebszusammenschluss ist die erstmalige vertraglich geregelte Zusammenarbeit mehrerer Landwirtinnen und Landwirte – unbeschadet der gewählten Rechtsform – zu verstehen. Der Vertrag muss schriftlich geschlossen werden. Jede/jeder von ihnen muss ein landwirtschaftliches Einzelunternehmen als selbständiges Unternehmen geführt haben und grundsätzlich die Anforderungen nach Nummer 5.1.1 und den Nummern 6.2, 6.4 und 6.5 erfüllen.

Der Betriebszusammenschluss muss mindestens für die Dauer der Zweckbindung des gemeinsamen Vorhabens vereinbart sein. Die Mitglieder des Zusammenschlusses können ihren Anteil am Kapital des Betriebszusammenschlusses durch Geld- oder Sacheinlagen oder durch persönliche Arbeitsleistung einbringen. Die Zahl der Mitglieder darf die Anzahl fünf nicht überschreiten. Die Förderobergrenze für das gemeinschaftliche Vorhaben liegt bei 1,5 Mio. Euro. Für das einzelne Unternehmen des Betriebszusammenschlusses darf das anteilige zuwendungsfähige Investitionsvolumen die Obergrenze von 750 000 Euro nicht übersteigen.

5.2. Nicht gefördert werden:

- Unternehmen, bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 Prozent des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt,
- Unternehmen, die sich im Sinne von Artikel 2 Nummer 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 in Schwierigkeiten befinden,
- Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung auf Grund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt nicht Folge geleistet haben.
- Bezieherinnen/Bezieher von Landwirtschaftlichem Altersgeld oder von vergleichbaren gesetzlichen Renten und Pensionen (z.B. Rente der Deutschen Rentenversicherung oder Beamtenpensionen).

6. Zuwendungsvoraussetzungen

6.1. Allgemeine Anforderungen

Nummer 3.1 der ANBest-P findet im Bereich der EU-Förderung keine Anwendung.

6.2. Die Antragstellerin/der Antragsteller hat:

- die beruflichen Fähigkeiten für eine ordnungsgemäße Führung des Betriebes nachzuweisen. Bei juristischen Personen und Personengesellschaften muss mindestens ein Mitglied der Unternehmensleitung diese Voraussetzungen erfüllen.
- die zur Evaluierung dieses Programmes und zur Prüfung der Zuwendungsfähigkeit erforderlichen Daten in geeigneter Form und Qualität zur Verfügung zu stellen und dazu
 - eine Vorwegbuchführung für mindestens zwei Jahre vor Bewilligung vorzulegen, wobei die Abschlüsse grundsätzlich dem BMEL-Jahresabschluss entsprechen und der Bewilligungsbehörde digital im CSV-Format zu übermitteln sind.
 - eine Buchführung (Auflagenbuchführung) für mindestens sieben Jahre vom Zeitpunkt der Bewilligung an fortzuführen und diese vorzulegen.
- einen Nachweis in Form eines Investitionskonzeptes über die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und der durchzuführenden Maßnahmen zu erbringen.
- Im Falle einer Förderung im Rahmen von Operationellen Gruppen (EIP) sind zusätzlich der Operationsplan sowie gegebenenfalls sonstige Unterlagen, die die Projektzielsetzung aufzeigen, vorzulegen.

Aus der Vorwegbuchführung soll sich der Erfolg der bisherigen Bewirtschaftung des Unternehmens nachweisen lassen (Rentabilität, Stabilität und Liquidität). Das Investitionskonzept soll eine Abschätzung über die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens auf Grund der durchzuführenden Maßnahme zulassen.

6.3. Existenzgründung

Bei Einzelunternehmen, die während eines Zeitraumes von höchstens zwei Jahren vor Antragstellung gegründet wurden und die auf eine erstmalige selbständige Existenzgründung zurückgehen, gelten die Zuwendungsvoraussetzungen der Nummer 6.2 mit der Maßgabe, dass

- ein angemessener Eigenkapitalanteil am Unternehmen und am zu fördernden Vorhaben sowie
- die Wirtschaftlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen durch eine differenzierte Planungsrechnung (Investitionskonzept) nachzuweisen sind.

Diese Bestimmungen gelten nicht für Unternehmen, die infolge einer Betriebsteilung oder im Rahmen der Hofnachfolge neu gegründet werden.

6.4. Prosperitätsregelung

Die Summe der positiven Einkünfte aller Einkunftsarten gemäß § 2 Einkommensteuergesetz (Prosperitätsgrenze) der Antragstellerin und des Antragstellers, einschließlich Ehepartner oder Ehepartnerin bzw. Lebenspartner oder Lebenspartnerin, darf zum Zeitpunkt der Antragstellung im Durchschnitt der letzten drei Steuerbescheide 100 000 Euro je Jahr bei Unverheirateten/Entpartnern und 120 000 Euro je Jahr bei Verheirateten/Verpartnern nicht überschreiten.

Bei juristischen Personen und Personengesellschaften gelten diese Voraussetzungen für alle Gesellschafterinnen, Gesellschafter, Genossenschaftsmitglieder, Aktionärinnen und Aktionäre (jeweils einschließlich ihrer Ehepartner und Ehepartnerinnen oder Lebenspartner und Lebenspartnerinnen), sofern diese hauptberuflich im Unternehmen tätig sind oder über einen Kapitalanteil von mehr als 5 Prozent verfügen. Falls die Summe der positiven Einkünfte eines der genannten Kapitaleignerinnen oder Kapitaleigner 100 000 Euro je Jahr bei Unverheirateten und 120 000 Euro je Jahr bei Verheirateten überschreitet, werden die zuwendungsfähigen Ausgaben der Zuwendungsempfängerin/des Zuwendungsempfängers um den Anteil vom Hundert gekürzt, der dem Kapitalanteil dieser Gesellschafterin oder dieses Gesellschafters, dieses Genossenschaftsmitglieds oder dieser Aktionärin oder dieses Aktionärs entspricht.

6.5. Besondere Anforderungen

- Darüber hinaus sind besondere Anforderungen in mindestens einem der Bereiche Verbraucher-, Umwelt- oder Klimaschutz zu erfüllen. Unternehmen mit überwiegendem Ackerbau, die in Stallbauten investieren, müssen in jedem Fall eine Gülle/

Jauchelagerkapazität von mindestens neun Monaten mindestens für die erweiterte Tierhaltung nachweisen.

- Zusätzlich sind im Falle von Stallbauinvestitionen die besonderen Anforderungen im Bereich Tierschutz entsprechend den Vorgaben der Anlage 1 A - Basisanforderungen zu erfüllen.

Die besonderen Anforderungen

- des Verbraucherschutzes werden erfüllt, wenn die Herstellung der Produkte nach den Anforderungen eines anerkannten Lebensmittelqualitätsprogramms nach Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 (ELER) oder im Rahmen der Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten erfolgt,
- des Umwelt- und Klimaschutzes sind in geeigneter Weise, insbesondere durch eine Verbesserung der Effizienz des Ressourceneinsatzes (z. B. von Wasser und/oder Energie) oder durch eine Verringerung der Stoffausträge oder der Emissionen nachzuweisen.

Die besonderen Anforderungen werden in einer separaten Handreichung zur Verfügung gestellt.

7. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

7.1. Zuwendungsart

Die Zuwendungen werden als Projektförderung in Form von

- Zuschüssen oder
- Bürgschaften

gewährt. Die Vergabe von Bürgschaften erfolgt erst nach Inkrafttreten einer entsprechenden beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission.

7.2. Das Mindestinvestitionsvolumen beträgt 20 000 Euro zuwendungsfähige Ausgaben.

7.3. Die Förderung wird begrenzt auf ein zuwendungsfähiges Investitionsvolumen von 750 000 Euro je Unternehmen. Für Betriebszusammenschlüsse gilt eine Förderobergrenze von 1,5 Millionen Euro. Diese Obergrenzen können in den Jahren von 2014 bis 2020 höchstens einmal ausgeschöpft werden.

7.4. Der Gesamtwert der nach den Nummern 7.5, 7.6 und 7.8 gewährten Beihilfen darf, ausgedrückt als Prozentsatz der Bemessungsgrundlage, den Wert von 40 Prozent nicht übersteigen. Beihilfen, die als staatliche Beihilfen gewährt werden (d.h. die ausschließlich mit nationalen Mitteln finanziert werden), dürfen in einem Zeitraum von drei Kalenderjahren den Betrag von 400 000 Euro nicht übersteigen.

7.5. Höhe der Zuwendungen

7.5.1. Für Investitionen nach Nummer 4.1 sowie für Erschließungsmaßnahmen kann ein Zuschuss in Höhe von 20 Prozent der Bemessungsgrundlage als Anteilsfinanzierung gewährt werden. Erschließungskosten sind nur zuwendungsfähig, wenn und soweit die Erschließung einer Verlegung des Betriebes oder wesentlicher Betriebsteile in den Außenbereich dient und die Betriebsverlegung im erheblichen öffentlichen Interesse liegt. Ein erhebliches öffentliches Interesse liegt vor, wenn die Baugenehmigung erteilt wurde.

7.5.2. Für Investitionen nach Nummer 4.1, die die baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung gemäß Anlage 1 erfüllen, kann ein Zuschuss bis zu 40 Prozent der Bemessungsgrundlage als Anteilsfinanzierung gewährt werden.

7.5.3. Der Abstand zwischen dem Fördersatz für Investitionen nach Anlage 1 A - Basisanforderungen und Anlage 1 B - Premiumanforderungen muss mindestens 20 Prozentpunkte betragen. Bei der Haltung von Milchkühen und deren Aufzuchtrindern, Mastrindern und Mutterkühen beträgt der Abstand 10 Prozentpunkte.

7.6. Förderung der Betreuung

Bei Investitionen mit einem zuwendungsfähigen baulichen Investitionsvolumen von über 100 000 Euro soll grundsätzlich eine Betreuerin oder ein Betreuer (siehe Anlage 3) eingeschaltet werden. Betreuungsgebühren werden in einer Höhe von

– bis zu 2,5 Prozent des förderfähigen Investitionsvolumens bis zu 500 000 Euro,

- bis zu 1,5 Prozent des 500 000 Euro überschreitenden förderfähigen Investitionsvolumens

als förderfähig anerkannt. Der Sockelbetrag der förderfähigen Betreuergebühren beträgt 6 000 Euro, der Höchstbetrag 17 500 Euro. Der Fördersatz beträgt maximal 60 Prozent der förderfähigen Betreuergebühren. Eine weitere Förderung der Betreuung mit Zuschüssen nach den Nummern 7.5.1 bis 7.5.3 ist ausgeschlossen.

7.7. Höhe der Zuwendung im Falle von Investitionen im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP Agri)
Für Investitionen nach Nummer 4, die im Rahmen des EIP durchgeführt werden, kann ein Aufschlag von 20 Prozentpunkten auf die unter Nummer 7.5 genannten Zuschusssätze gewährt werden.

7.8. Gewährung und Verwaltung von Bürgschaften

Für Kapitalmarktdarlehen, die zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der zuwendungsfähigen Investitionen erforderlich sind, können gemäß Anlage 2 vom Land anteilige modifizierte Ausfallbürgschaften in Höhe von bis zu einer Million Euro übernommen werden, soweit das Darlehen nicht durch bankübliche Sicherheiten gedeckt und mit der Zahlung der vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen gerechnet werden kann.

8. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

8.1. Zweckbindungsfrist

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die geförderten

- Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- Maschinen, technischen Einrichtungen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Zweckbindungszweck entsprechend verwendet werden. Überschreitet die Dauer der Zweckbindung die Dauer der Aktenaufbewahrungspflicht, sind diese über die Dauer der Zweckbindung aufzubewahren.

8.2. Evaluierung

Die Evaluierung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms erfolgt auf der Grundlage der Unternehmensbuchführung. Hierfür ist die Vorwegbuchführung vor Bewilligung und die Auflagenbuchführung jeweils spätestens neun Monate nach Abschluss des Wirtschaftsjahres im BMEL-Code als CSV-Datei digital bei der zuständigen Stelle vorzulegen. Wird das Unternehmen, in dem die Investition durchgeführt wurde, im Laufe der Auflage geteilt und werden in der Folge mehrere Abschlüsse erstellt, hat die Zuwendungsempfängerin/der Zuwendungsempfänger einen konsolidierten Abschluss der aus der Teilung hervorgegangenen Unternehmen vorzulegen. Anstelle des BMEL-Jahresabschlusses kann in Ausnahmefällen zur Vermeidung von Härten von den Bewilligungsbehörden auch die Vorlage eines steuerlichen Jahresabschlusses akzeptiert werden. In diesem Falle kann jedoch die Vorlage zusätzlicher Unterlagen zur Beurteilung der Förderungswürdigkeit verlangt werden. Die Erfassung und Übermittlung der erforderlichen Informationen erfolgt dann durch Vordrucke.

Sollte sich während des Evaluierungszeitraums die geforderte Datengrundlage ändern, ist die Zuwendungsempfängerin/der Zuwendungsempfänger verpflichtet, fehlende Werte rückwirkend nachzuliefern. Die Vordrucke können im Infodienst unter der Seite Förderzeitraum 2014 - 2020 abgerufen werden.

8.3. Buchführung

Folgende Abschnitte des BMEL-Jahresabschlusses sind von der Zuwendungsempfängerin/vom Zuwendungsempfänger vorzulegen:

Deckblatt,

Abschnitt 1: Bilanz mit Aktiva, Passiva

- Bilanz mit Aktiva, Passiva
- Entnahmen und Einlagen

Abschnitt 2: Gewinn- und Verlustrechnung

Abschnitt 3: Anhang zur Bilanz mit

A) Anlagenspiegel

B) Bewertung des Tiervermögens

C) Bewertung der Vorräte

Abschnitt 4: Ernteflächen

Abschnitt 6: Betriebsfläche

Abschnitt 7: Arbeitskräfte

9. Kumulierbarkeit

Vorhaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderungsprogramme gefördert werden, dürfen nicht gleichzeitig nach dieser Verwaltungsvorschrift gefördert werden. Eine Kumulation mit Mitteln der Landwirtschaftlichen Rentenbank oder der Förderbank des Landes ist möglich. Neben einer investiven Förderung ist in demselben Bereich eine Förderung nach der Maßnahme FAKT, Teilmaßnahme G möglich. Die Förderhöchstgrenzen dürfen bei einer Kumulation nicht überschritten werden.

10. Beihilferechtliche Freistellung

Die Maßnahme ist für die Primärproduktion und für die Verarbeitung und Vermarktung nach der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 von der Pflicht zur beihilferechtlichen Anmeldung nach Artikel 108 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union freigestellt².

² Die entsprechende Kurzbeschreibung für die Laufzeit bis 2020 wurde unter der Nummer SA.40134 (2014/XA) bei der Europäischen Kommission registriert.

II. Förderung von Investitionen zur Diversifizierung

11. Zuwendungsziel

Die gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft bedingen deren stetigen Strukturwandel. Nicht alle Betreiberinnen und Betreiber landwirtschaftlicher Unternehmen werden auch in Zukunft ein ausreichendes Einkommen aus der landwirtschaftlichen Produktion erwirtschaften können. Die Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen aus selbständiger Tätigkeit wird unterstützt, um damit einen Beitrag zur Erhaltung der Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes zu leisten.

12. Rechtsgrundlagen

Die Zuwendungen werden gewährt nach

- der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20. Dezember 2013 S. 320),
- Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (E-LER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20. Dezember 2013 S. 487) zuletzt geändert durch delegierte Verordnung (EU) Nr. 994/2014 der Kommission vom 13. Mai 2014 (ABl. L 280 vom 24. September 2014 S. 1),
- der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen

(EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20. Dezember 2013 S. 549), geändert durch Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20. Dezember 2013 S. 865),

- der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 808/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (ABl. L 227 vom 31. Juli 2014 S. 18),
- der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Cross-Compliance (ABl. L 227 vom 31. Juli 2014 S. 69),
- der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 821/2014 der Kommission vom 28. Juli 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1303/2013, S. 865), des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Einzelheiten betreffend die Übertragung und Verwaltung von Programmbeiträgen, die Berichterstattung über Finanzinstrumente, die technischen Merkmale der Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für Vorhaben und das System zur Aufzeichnung und Speicherung von Daten (ABl. L 223 vom 29. Juli 2014 S. 7),
- der delegierten Verordnung (EU) Nr. 640/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem und die Bedingungen für die Ablehnung oder Rücknahme von Zahlungen sowie für Verwaltungssanktionen im Rahmen von Direktzahlungen, Entwicklungsmaßnahmen für den ländlichen Raum und der Cross-Compliance (ABl. L 181 vom 20. Juni 2014 S. 48),
- der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24. Dezember 2013 S. 1),

- der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 193 vom 1. Juli 2014 S. 1),
- dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" in der Fassung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934),
- dem Maßnahmen und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2014 -2020,
- den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) und den Verwaltungsvorschriften hierzu in der jeweils geltenden Fassung sowie nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift.

Die Zuwendungen werden ohne Rechtspflicht im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch die Bewilligungsbehörden nach pflichtgemäßem Ermessen bewilligt. Für die Aufhebung und Erstattung der Zuwendungen sind die Vorschriften des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG), insbesondere die §§ 48, 49 und 49 a sowie Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 809/2014 anzuwenden.

13. Gegenstand der Förderung

13.1. Gefördert werden Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen im ländlichen Raum, die die Bedingungen des Art. 19 Absatz 1 Buchstabe b (Investitionen in die Schaffung und Entwicklung nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeiten) der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 (ELER) sowie die Bedingungen der Verordnung (EU) Nr. [1407/2013](#) erfüllen. Die zusätzlichen Einkommensquellen sollen geschaffen werden insbesondere durch Errichtung oder Modernisierung von Gebäuden einschließlich der technischen Einrichtung zur

- Herstellung, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftsnaher Produkte (Nicht-[Anhang I-Produkte](#));
- Verarbeitung und Vermarktung von Anhang I-Produkten;
- Bereitstellung von Dienstleistungen, insbesondere

- in landwirtschaftsnahen Bereichen,
- in hauswirtschaftsnahen Bereichen,
- für gastronomische Zwecke,
- für touristische Zwecke;
- Verarbeitung und Vertrieb von Biomasse zur energetischen Nutzung durch Endverbraucher;
- Anlage von Kurzumtriebsplantagen (siehe Nummer 3.3 eingeschränkte Förderung).

13.2. Bemessungsgrundlage für die Förderung sind die nachfolgend aufgeführten Ausgaben, soweit sie für die zu fördernden Vorhaben notwendig sind:

- Errichtung, Erwerb oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen;
- Erstanschaffung von neuen Maschinen und neuen Anlagen der Innenwirtschaft einschließlich Computersoftware, bis zum marktüblichen Wert des Wirtschaftsgutes;
- allgemeine Aufwendungen, etwa für Architektur- und Ingenieurleistungen sowie für Beratung, Betreuung von baulichen Investitionen, Durchführbarkeitsstudien, den Erwerb von Patentrechten und Lizenzen, bis zu einem Höchstsatz von insgesamt 12 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

13.3. Eingeschränkte Förderung

- Investitionen im Bereich "Urlaub auf dem Bauernhof" können nur bis zur Gesamtkapazität von 25 Gästebetten gefördert werden.
- Bei Brennereien sind nur Investitionen im Bereich der Direktvermarktung von Abfindungs- sowie Verschlusskleinbrennereien (mit einer jährlichen Alkoholproduktion bis zu 10 hl) zuwendungsfähig. Brennereigeräte können gefördert werden, soweit es sich um die Modernisierung bestehender Brennereien handelt.
- Kurzumtriebsplantagen (KUP) werden unter folgenden Auflagen gefördert:
 - die Flächenobergrenze je Antragstellerin/Antragsteller beträgt 10 ha,
 - die Mindestbaumzahl beträgt 3000 Bäume/ha,
 - die Mindeststandzeit beträgt zwölf Jahre.

Die Förderung von Kurzumtriebsplantagen ist befristet bis zum 31. Dezember 2018.

- Bei Investitionen in die Pensionspferdehaltung sind folgende baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung zu erfüllen:
 - Für jedes Pferd ist ein Fressplatz bereitzustellen. Sollte dies nicht möglich sein, z.B. bei Computer gesteuerter Fütterung, ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass jederzeit eine Futteraufnahme möglich ist.
 - Die Liegefläche muss mit einem planbefestigten Boden ausgestattet sein, der ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen wird.
 - Ein besonderes Abteil für kranke, verletzte, unverträgliche oder neu eingestellte Tiere muss bei Bedarf eingerichtet werden können. Dieses muss mindestens Sicht-, Hör-, und Geruchskontakt zu einem anderen Pferd gewährleisten.

13.4. Von der Förderung sind ausgeschlossen:

- Investitionen, die die Erzeugung von Anhang I-Produkten betreffen,
- der Erwerb von Produktionsrechten und Gesellschaftsanteilen sowie Ersatzinvestitionen,
- genehmigungspflichtige Vorhaben, für die keine Genehmigung vorliegt und die nicht im Einklang mit den für das Vorhaben einschlägigen umweltrechtlichen Vorgaben stehen,
- Investitionen zur Anpassung an neue Anforderungen des Unionsrechts nach Artikel 17 Absatz 5 und 6 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013,
- Maschinen und Geräte für die Außenwirtschaft,
- Zinsen, laufende Betriebsausgaben, Ablösung von Verbindlichkeiten, Erbabfindungen, Kreditbeschaffungskosten und Gebühren für eine Beratung in Rechtssachen,
- Investitionen in Wohnungen, Verwaltungsgebäude und separate Gebäude mit Sozialräumen,
- Umsatzsteuer, Skonti, Beiträge, unbare Eigenleistungen und sonstige Preisnachlässe,
- Biogasanlagen, Blockheizkraftwerke, Photovoltaikanlagen,

- Investitionen zur Begründung von Kurzumtriebsplantagen, deren Biomasse im Betrieb der Antragstellerin/des Antragstellers zur Stromproduktion verwendet und/oder für die Vergütung nach dem EEG in Anspruch genommen wird.
- Landkauf.

14. Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfänger

14.1. Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfänger sind:

14.1.1. Natürliche und juristische Personen, die Unternehmen, unabhängig von der gewählten Rechtsform führen, die im Sinne des Anhangs 1 der Verordnung (EG) Nr. 702/2014 Kleinst- oder kleine Unternehmen sind, wobei

- die Geschäftstätigkeit der natürlichen und juristischen Personen zu wesentlichen Teilen (mehr als 25 Prozent Umsatzerlöse) darin besteht, durch Bodenbewirtschaftung oder durch mit Bodenbewirtschaftung verbundene Tierhaltung pflanzliche oder tierische Erzeugnisse zu gewinnen, und
- die Unternehmen die in § 1 Absatz 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) genannte Mindestgröße erreichen oder überschreiten.

Als Tierhaltung im Sinne des ersten Tirets gelten auch die Imkerei, die Aquakultur, die Binnenfischerei, die Pensionspferdehaltung sowie die Wanderschäfferei.

14.1.2. Natürliche oder juristische Personen, die im Sinne des Anhangs 1 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 Kleinst- oder kleine Unternehmen führen, dabei unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen und einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften.

14.1.3. Inhaberinnen/Inhaber landwirtschaftlicher Einzelunternehmen im Sinne der Tirets 1 und 2 der Nummer 14.1.1, deren Ehe-/Lebenspartner/in sowie mitarbeitende Familienangehörige gem. § 1 Absatz 8 ALG, soweit sie in räumlicher Nähe zum landwirtschaftlichen Betrieb erstmalig eine selbständige Existenz gründen oder entwickeln.

14.2. Nicht gefördert werden

- Unternehmen, bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 Prozent des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt,

- Unternehmen, die sich im Sinne von Artikel 2 Nummer 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 in Schwierigkeiten befinden,
- Bezieher von Landwirtschaftlichem Altersgeld oder von vergleichbaren gesetzlichen Renten und Pensionen (z.B. Rente der Deutschen Rentenversicherung oder Beamtenpensionen).

15. Zuwendungsvoraussetzungen

Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger hat in Form eines Investitions- und Marketingkonzeptes einen Nachweis über die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und des durchzuführenden Projektes zu erbringen. Bei Investitionen mit baulichen Investitionskosten von über 100 000 Euro soll grundsätzlich eine Betreuerin oder ein Betreuer eingeschaltet werden.

15.1. Nummer 3.1 der ANBest-P findet im Bereich der EU-Förderung keine Anwendung.

15.2. Prosperitätsregelung

Die Summe der positiven Einkünfte aller Einkunftsarten gemäß § 2 Einkommensteuergesetz (Prosperitätsgrenze) der Antragstellerin und des Antragstellers, einschließlich Ehepartner oder Ehepartnerin bzw. Lebenspartner oder Lebenspartnerin, darf zum Zeitpunkt der Antragstellung im Durchschnitt der letzten drei Steuerbescheide 100 000 Euro je Jahr bei Unverheirateten oder Entpartnerten und 120 000 Euro je Jahr bei Verheirateten oder Verpartnerten nicht überschreiten.

Bei juristischen Personen und Personengesellschaften einschließlich der GmbH & Co. KG gelten diese Voraussetzungen für alle Gesellschafterinnen oder Gesellschafter, Genossenschaftsmitglieder und Aktionärinnen oder Aktionäre (jeweils einschließlich ihrer Ehe- oder Lebenspartner oder ihrer Ehe- oder Lebenspartnerinnen), sofern diese hauptberuflich im Unternehmen tätig sind oder über einen Kapitalanteil von mehr als 5 Prozent verfügen. Falls die Summe der positiven Einkünfte eines der oben genannten Kapitaleigner 100 000 Euro je Jahr bei Unverheirateten und 120 000 Euro je Jahr bei Verheirateten überschreitet, werden die zuwendungsfähigen Ausgaben

der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers um den Anteil vom Hundert gekürzt, der dem Kapitalanteil dieser Gesellschafterin oder dieses Gesellschafters, dieses Genossenschaftsmitglieds oder dieser Aktionärin oder dieses Aktionärs entspricht.

16. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

16.1. Die Zuwendungen werden als Projektförderung in Form von Zuschüssen gewährt.

16.2. Das Mindestinvestitionsvolumen beträgt 20 000 Euro zuwendungsfähige Ausgaben. Für Kurzumtriebsplantagen beträgt das Mindestinvestitionsvolumen 7 500 Euro.

16.3. Maximale Höhe der Zuwendung

Der Gesamtwert der einem Unternehmen gewährten De-minimis-Beihilfen darf, unabhängig vom Beihilfegeber, 200 000 Euro, bezogen auf einen Zeitraum von drei Steuerjahren (laufendes Steuerjahr und die zwei vorangegangenen), nicht übersteigen. Vor Gewährung der De-minimis-Beihilfe hat die Antragstellerin/der Antragsteller schriftlich alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die er in den vorangegangenen zwei Steuerjahren und im laufenden Steuerjahr erhalten oder beantragt hat (De-minimis Erklärung). Übersteigt der Beihilfegesamtbetrag aufgrund der beantragten Beihilfe den oben genannten Höchstbetrag, kann die Beihilfe nicht (auch nicht anteilig) gewährt werden. Die für die Gewährung von De-minimis-Beihilfen maßgeblichen Unterlagen sind von den Beteiligten (Antragsteller und Behörde) zehn Jahre ab dem Jahr der Beihilfegewährung aufzubewahren. Im Falle der Prüfung sind die dafür notwendigen Unterlagen von der Zuwendungsempfängerin oder vom Zuwendungsempfänger der Bewilligungsbehörde auf Anforderung innerhalb von zehn Werktagen vorzulegen.

16.4. Höhe und Form der Zuwendung

Es kann ein Zuschuss in Höhe von 25 Prozent der Bemessungsgrundlage als Anteilsfinanzierung gewährt werden. Der Zuschuss für Kurzumtriebsplantagen wird einmalig

gewährt und kann max. 1.200 Euro/ha, jedoch höchstens 40 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten betragen.

17. Zweckbindungsfrist

Die Förderung von Investitionen erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die geförderten

- Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- Maschinen, technischen Einrichtungen und Geräte innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Verwendungszweck entsprechend verwendet werden.

18. Kumulierbarkeit

Vorhaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderprogramme gefördert werden, dürfen nicht gleichzeitig nach dieser Verwaltungsvorschrift gefördert werden. Eine Kumulation mit Mitteln der Landwirtschaftlichen Rentenbank oder der Förderbank des Landes ist möglich, sofern und soweit hierbei der Gesamtwert der beihilferechtlichen Förderhöchstgrenzen nicht überschritten wird.

III. Verfahren

19. Förderantrag und Bewilligung

Der Förderantrag ist schriftlich mittels Antragsvordruck bei der unteren Landwirtschaftsbehörde einzureichen. Die Erfüllung der besonderen Anforderungen ist im Förderantrag anzugeben und mit dem Schlusszahlungsantrag nachzuweisen. Ergänzend zum Förderantrag ist das Vorhaben in einer Stellungnahme der unteren Landwirtschaftsbehörde hinsichtlich der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zu bewerten.

Die Aufgaben der Betreuerin bzw. des Betreuers sind in der Anlage 3 geregelt. Die Betreuerinnen/Betreuer müssen vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zugelassen sein.

Der Förderantrag ist von der Bewilligungsbehörde insbesondere auf Vollständigkeit und die Einhaltung der Vorgaben dieser Verwaltungsvorschrift anhand der Checkliste Verwaltungskontrolle zur Prüfung des Förderantrags zu prüfen. Ist der Förderantrag nicht vollständig, wird den Antragstellerinnen/den Antragstellern Gelegenheit gegeben, den Förderantrag binnen einer angemessenen Frist zu vervollständigen. Das Prüfergebnis ist in der Checkliste Verwaltungskontrolle zur Prüfung des Förderantrags nachvollziehbar zu dokumentieren.

Die Bewilligungsbehörde stellt die Erfüllung der Zuwendungsvoraussetzungen fest, entscheidet über die Zuwendungsfähigkeit und dokumentiert dies in der Checkliste Verwaltungskontrolle zur Prüfung des Förderantrags. Anschließend wird der Förderantrag gemäß Artikel 49 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 einem Auswahlverfahren unterzogen. Die Auswahl der zu bewilligenden Vorhaben erfolgt anhand der mit dem MEPL-Begleitausschuss abgestimmten Auswahlkriterien zu festgelegten Stichtagen und mit festgelegtem Budget. Stichtage und Budget werden auf der MEPL-Homepage vorab veröffentlicht. Näheres zum Auswahlverfahren ist dem Merkblatt "Auswahlkriterien des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2014 - 2020 (MEPL III)", www.mepl.landwirtschaft-bw.de, zu entnehmen. Hat ein Antrag das Auswahlverfahren erfolgreich durchlaufen, wird er von der

Bewilligungsbehörde zeitnah bewilligt. War ein Antrag im Auswahlverfahren nicht erfolgreich, ist dies der Antragstellerin/dem Antragsteller mitzuteilen. Ein nicht erfolgreicher Antrag kann am folgenden Auswahlverfahren wieder teilnehmen. Die Anwendung der Auswahlkriterien sowie das Ergebnis des Auswahlverfahrens sind in der Checkliste Verwaltungskontrolle zur Prüfung des Förderantrags zu dokumentieren. Spätestens bis zum 31. Dezember des der Antragstellung folgenden Jahres ist über den Förderantrag zu entscheiden. Unvollständige, nichtzuwendungsfähige oder Anträge, die bis zum Ablauf dieser Frist in keinem Auswahlverfahren erfolgreich waren, sind abzulehnen.

20. Zahlungsantrag

Der Zahlungsantrag nebst Belegen und Belegliste ist bei der unteren Landwirtschaftsbehörde einzureichen. Er ist anhand der Checkliste Verwaltungskontrolle zur Prüfung des Zahlungsantrages zu prüfen.

Die Auszahlung erfolgt auf das in der Unternehmensdatei hinterlegte Konto oder auf das für das Vorhaben eingerichtete Baukonto. Zwischenzahlungen sollen 80 Prozent des bewilligten Zuschusses nicht überschreiten. Der Teilzahlungsbetrag soll mindestens 10 000 Euro betragen.

Die durch die Betreuerin/den Betreuer bis zur Bewilligung erbrachten Leistungen erreichen 50 Prozent und mehr der Gesamtleistung. Abweichend von der Nummer 1.4 ANBest-P können nach der Bewilligung bis zu 50 Prozent des Betreuerzuschusses ausbezahlt werden. Die Auszahlung des Restbetrages erfolgt entsprechend der Anerkennung der Verwendungsnachweise.

Spätestens sechs Monate nach Abschluss des Vorhabens ist der Zahlungsantrag auf Schlusszahlung mit Verwendungsnachweis entsprechend den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides nach Nummer 11 VV zu § 44 LHO vorzulegen. Die Schlusszahlung erfolgt nach Anerkennung des Verwendungsnachweises.

Nummer 1.4 der ANBest-P findet keine Anwendung.

21. Zahlung und Verbuchung

Die mit der Auszahlungsfunktion verbundenen Aufgaben werden durch das Referat 13 K beim MLR, Dienstsitz Kornwestheim, vorgenommen. Die Verbuchung der Zahlungen wird von der SEU-K beim MLR, Dienstsitz Kornwestheim, ausgeführt.

22. Beginn und Abschluss

Die Vorhaben sollen innerhalb eines Jahres nach Zugang des Bescheides begonnen und innerhalb von drei Jahren nach Zugang des Bescheides abgeschlossen werden. Abweichend davon müssen Vorhaben, die im Jahr 2019 bewilligt und mit EU-Mitteln kofinanziert werden, bis zum 31. August 2022 abgeschlossen sein.

23. Kontrollen

Verwaltungskontrolle, Vor-Ort-Kontrolle und Ex-post-Kontrolle richten sich nach der innerdienstlichen Anordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Anforderung an die Kontrollen der Förderprogramme nach dieser Vorschrift in der jeweils geltenden Fassung.

24. Kürzungen und Sanktionen

Werden Fördervoraussetzungen und Festlegungen im Zuwendungsbescheid nicht eingehalten, so ist eine Kürzung und ggf. eine Sanktion nach Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 809/2014 sowie Artikel 35 der Verordnung (EU) Nr. 640/2014 durchzuführen, es sei denn, die Antragstellerin bzw. der Antragsteller kann nachweisen, dass die Einziehung des nicht förderfähigen Betrages nicht auf das Verschulden der Antragstellerin bzw. des Antragstellers zurückzuführen ist. Wird festgestellt, dass die bzw. der Begünstigte falsche Nachweise vorgelegt hat, um die Förderung zu erhalten, oder versäumt hat, die erforderlichen Informationen zu liefern, so wird, unbeschadet nationaler Vorgaben, die Förderung abgelehnt oder vollständig zurückgenommen.

Darüber hinaus wird die bzw. der Begünstigte im Kalenderjahr der Feststellung und dem darauf folgenden Kalenderjahr von derselben Maßnahme oder Vorhabenart ausgeschlossen. Zu Unrecht gezahlte Beträge sind gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 809/2014 zurückzufordern. Für die Aufhebung und Erstattung ist außerdem das Landesverwaltungsverfahrensgesetz, insbesondere die §§ 48,49, und 49a LVwVfG anzuwenden.

25. Publizität

Bei allen Investitionsvorhaben ist die Zuwendungsempfängerin bzw. der Zuwendungsempfänger verpflichtet, die Öffentlichkeit in geeigneter Weise auf die Unterstützung durch die öffentliche Hand hinzuweisen. Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit hat mit Postern oder Erläuterungstafeln und gegebenenfalls auf Internetseiten und bei Informations- und Kommunikationsmaterial (z.B. Broschüren, Flyern) zu erfolgen. Nähere Informationen hierzu sind dem Merkblatt „PR-Verpflichtungen der Begünstigten“ (www.mepl.landwirtschaft-bw.de) zu entnehmen.

26. Transparenz

Angaben über die Empfängerinnen und Empfänger von Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) und die Beträge, die jede Empfängerin / jeder Empfänger erhalten hat, werden auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und der Verordnung (EU) Nr. 908/2014 im Internet veröffentlicht. Diese Daten können zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Union von Rechnungsprüfungs- und Untersuchungseinrichtungen der Europäischen Union, des Bundes, der Länder, der Kreise und der Gemeinden verarbeitet werden. Auf die Informationen in den Antragsunterlagen wird verwiesen.

27. Evaluierung

Die Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, sämtliche Auskünfte zu erteilen, die im Rahmen der gemäß der Verordnung (EU) Nr.

1305/2013 von externen Evaluatoren durchzuführenden Evaluierung angefordert werden. Die erforderlichen Daten können den Zeitraum vor, während und nach dem Förderzeitraum umfassen. Zusätzlich können Einzelbetriebe als Fallbeispiele evaluiert werden.

Fehlende Mitwirkung an der Evaluierung kann zum Förderausschluss führen.

28. Prüfungsrechte

Den zuständigen Behörden der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Baden-Württemberg, ihren Beauftragten sowie ihren Prüforganen und den entsprechenden Rechnungshöfen ist im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Befugnisse das Betreten von Geschäfts-, Betriebs- und Lagerräumen sowie von Betriebs- oder Vertragsflächen gestattet. Auf Verlangen sind von der Zuwendungsempfängerin/vom Zuwendungsempfänger die in Betracht kommenden Bücher, Aufzeichnungen, Belege, Rechnungen, Schriftstücke, Datenträger, Karten und Baupläne sowie sonstige Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung zu stellen sowie Auskünfte zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren. Bei automatisiert geführten Aufzeichnungen ist die Zuwendungsempfängerin bzw. der Zuwendungsempfänger verpflichtet, auf eigene Kosten die erforderlichen Ausdrücke zu erstellen, soweit die Prüforgane dies verlangen. Ein Antrag wird abgelehnt oder die Förderung widerrufen, wenn die Zuwendungsempfängerin bzw. der Zuwendungsempfänger oder eine von diesen beauftragte oder bevollmächtigte Person die Kontrolle verweigert.

29. Inkrafttreten, Geltungsdauer,

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten tritt die VwV einzelbetriebliche Förderung vom 19. Mai 2014 (GABl. S. 274) außer Kraft. Sie findet weiterhin Anwendung auf Vorhaben, die vor dem 1. Januar 2015 bewilligt worden sind.

Abweichend von Absatz 1 Satz 1 tritt die Bürgschaftsregelung nach Abschnitt I Nummer 7.8 mit Ablauf des 31. Dezember 2016 außer Kraft.

Die Verwaltungsvorschrift ist auf der Seite <http://www.landwirtschaft-bw.info> im Internet einsehbar.

Anlage 1: Bauliche Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung

Mit den zu fördernden Investitionen sind die über die Anforderungen der Tierschutz-nutztierhaltungsverordnung hinausgehenden baulichen und technischen Voraussetzungen zur Einhaltung der folgenden Anforderungen zu schaffen. Die Premiumanforderungen bauen auf den Basisanforderungen auf.

Generelle Anforderung

Ställe müssen so beschaffen sein, dass deren tageslichtdurchlässige Flächen mindestens

- 3 Prozent der Stallgrundfläche bei Schweinen und Geflügel sowie
 - 5 Prozent bei allen übrigen Tierarten
- betragen.

- A - Basisanforderungen

Anforderungen an Laufställe für Milchkühe und Aufzuchtrinder

- Zuwendungsfähig sind Laufställe. Die spaltenfreie Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Im Falle von Liegeboxen ist für jedes Tier eine Liegebox bereitzustellen.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder anderem komfortschaffenden Material (Komfortmatten geprüfter und anerkannter Qualität) versehen werden.
- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite dazu ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können. Wenn durch geeignete technische oder manuelle Verfahren die Tiere ständig Zugang zum Futter haben, ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von maximal 1,2 : 1 zulässig.
- Die nutzbare Stallfläche muss mind. 5,5 m² je Großvieheinheit betragen.
- Bei Stallneubaubauten müssen die Lauf/Fressgänge mindestens 3,5 m und Laufgänge 2,5 m breit sein, so dass sich die Tiere stressfrei begegnen können.

Anforderungen an die Kälberhaltung

- Der Stall muss so beschaffen sein, dass die Kälber ab der fünften Lebenswoche in Gruppen gehalten werden.
- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere einer Gruppe gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden.

Anforderungen an Haltungsformen in der Rindermast (außer Mutterkuhhaltung)

- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder anderem Komfort schaffenden Material (Komfortmatten geprüfter und anerkannter Qualität) versehen werden.
- Perforierte Böden (mit einer Spaltenbreite von max. 3,5 cm) dürfen höchstens 50 Prozent der nutzbaren Stallfläche ausmachen, es sei denn, die Liegefläche ist mit einer perforierten Gummimatte ausgelegt, die mindestens 50 Prozent der Stallfläche ausmacht.
- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können. Bei Vorratsfütterung ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1,2 : 1 zulässig.

Anforderungen an die Haltung von Mutterkühen

- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden.
- Die nutzbare Stallfläche muss mind. 5,5 m² je Großvieheinheit betragen.

Anforderungen an die Haltung von Mastschweinen

- Der Liegebereich muss
 - ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden oder
 - mit Tiefstreu versehen werden oder

- mit einer Komfortliegefläche ausgestattet sein.
- Im Stall müssen für alle Tiere zugänglich mindestens drei verschiedenartige manipulierbare Beschäftigungselemente in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung stehen. Geeignet hierfür sind Holz an Ketten, aufgehängte Hanfseile, eine besondere Fütterungstechnik, die die Dauer der Futteraufnahme beim Tier ausdehnt und eine Beschäftigung induziert, Strohraufen oder vergleichbare Elemente.
- Es muss eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 Prozent größer ist, als nach der TierSchNutzV vorgeschrieben.

Anforderungen an die Haltung von Aufzuchtferkeln

- Der Liegebereich muss
 - ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden oder
 - mit Tiefstreu versehen werden oder
 - mit einer Komfortliegefläche ausgestattet sein.
- Im Stall müssen für alle Tiere zugänglich mindestens drei verschiedenartige manipulierbare Beschäftigungselemente in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung stehen. Geeignet hierfür sind Holz an Ketten, eine besondere Fütterungstechnik, die die Dauer der Futteraufnahme beim Tier ausdehnt und eine Beschäftigung induziert, Strohraufen oder vergleichbare Elemente.
- Es muss eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 Prozent größer ist, als nach der TierSchNutzV³ vorgeschrieben.

Anforderungen an die Haltung von Zuchtsauen, Jungsaugen und Zuchtebern

- Im Falle der Trogfütterung ist je Sau bzw. Jungsau ein Fressplatz bereitzustellen, dessen Breite es zulässt, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können.

³ über 10 bis 20 kg Durchschnittsgewicht: 0,2 m² je Tier; über 20 kg bis 30 kg Durchschnittsgewicht: 0,35 m² je Tier uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche.

- Der Liegebereich muss für Eber, für Zucht- und Jungsauen nur im Wartebereich bzw. in der Gruppenhaltung
 - planbefestigt sein und ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden oder
 - mit Tiefstreu versehen werden oder
 - mit einer Komfortliegefläche
 ausgestattet sein. Für Zucht- und Jungsauen im Abferkelbereich und bei Einzelhaltung im Deckbereich muss mindestens ein Teil des Liegebereichs als Komfortliegefläche (z.B. Gummimatte, im Schulterbereich) ausgestattet sein.
- Im Stall müssen für alle Tiere (für Zucht- und Jungsauen nur im Wartebereich bzw. in der Gruppenhaltung) mindestens drei verschiedenartige manipulierbare Beschäftigungselemente in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung stehen. Für Zucht- und Jungsauen ist im Abferkelbereich und bei Einzelhaltung im Deckbereich mindestens ein Beschäftigungselement zur Verfügung zu stellen. Geeignet hierfür sind Holz an Ketten, aufgehängte Hanfseile, eine besondere Fütterungstechnik, die die Dauer der Futteraufnahme beim Tier ausdehnt und eine Beschäftigung induziert, Strohraufen oder vergleichbare Elemente.

Anforderungen an die Haltung von Ziegen

- Für jedes Tier ist ein Fressplatz bereitzustellen, dessen Breite dazu ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können.
- Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden sowie einer Ablamm- bzw. Absonderungsbucht ausgestattet sein.
- Neben der nutzbaren Stallfläche sind zusätzlich pro Ziege mind. 0,5 m² nutzbare Liegeflächen zu schaffen, die gegenüber der übrigen Stallfläche erhöht sind.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden.
- Es müssen Aufzuchtbuchten für Zicklein vorhanden sein, die so bemessen sind, dass alle Zicklein gleichzeitig liegen können.

- In Stall und Auslauf müssen ausreichend Bürsten und Reibungsflächen zur Verfügung stehen.

Anforderungen an die Haltung von Schafen

- Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden sowie einer Ablamm- bzw. Absonderungsbucht ausgestattet sein.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden
- Ein Klauenbad einschließlich Zutriebeinrichtung muss vorhanden sein.

Anforderungen an die Freilandhaltung von Legehennen

- Im Außenbereich müssen für alle Tiere ausreichende Schutzeinrichtungen natürlicher oder baulicher Art (z.B. Unterstände, Bäume, Sträucher) zur Verfügung stehen, die ausreichend breit und so verteilt und zusammenhängend angelegt sind, dass sie von den Hühnern von jeder Stelle des Außenbereiches schnell erreicht werden können.
- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrraum verbunden sein, der mindestens einem Viertel der nutzbaren Fläche entspricht.

Anforderungen an die Bodenhaltung von Legehennen

- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrraum verbunden sein, der mindestens einem Viertel der nutzbaren Fläche entspricht.

Anforderungen an die Haltung von Mastputen

- Der Stall muss mindestens gemäß den bundeseinheitlichen Eckwerten für eine freiwillige Vereinbarung zur Haltung von Mastputen vom März 2013 ausgestattet sein.
- Der Stall muss entweder ein Offenstall sein oder über einen Kaltscharrraum verfügen oder in ein Umtriebssystem eingebunden sein, das vorsieht, dass die Puten vom Aufzuchtstall in einen Offenstall bzw. in einen Stall mit Kaltscharrraum wech-

seln können. Für die Putenhenne müssen 400 cm² und für den Putenhahn 600 cm² Fläche im Kaltscharrraum zur Verfügung stehen.

- Der Besatz im Offenstall bzw. Stall mit Kaltscharrraum darf am Ende der Mastperiode bei Putenhennen nicht über 45 kg und bei Putenhähnen 50 kg Lebendgewicht je m² nutzbarer Stallfläche liegen.
- Stall und Kaltscharrraum bzw. Wintergarten sind mit Vorrichtungen für Rückzugsmöglichkeiten und Beschäftigung (erhöhte Ebenen, Sichtbarrieren, Strohraufen) auszustatten.
- Für Mobilställe ist kein Kaltscharrraum erforderlich, die Bodenfläche muss aber je nach Zustand (Trockenheit) ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden.

Anforderungen an die Haltung von Masthühnern

- Die nutzbare Stallfläche muss planbefestigt und ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden.
- Für Mobilställe muss die Bodenfläche nicht planbefestigt sein, aber je nach Zustand (Trockenheit) ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden.
- Die Besatzdichte darf zu keinem Zeitpunkt 35 kg/m² Stallinnenfläche bzw. in der Leichtmast (unter 1.600 g Endgewicht) 31 kg/m² übersteigen.

Anforderungen an die Haltung von Enten oder Gänsen

- Der Stall muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein Auslauf und jederzeit zugängliche, ausreichend bemessene Bademöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- Die Bademöglichkeiten müssen so gestaltet sein, dass die Enten oder Gänse den ganzen Kopf ins Wasser stecken können. Es müssen Einrichtungen vorhanden sein, die die Bereitstellung von klarem Wasser für das Baden gewährleisten.

Anforderungen für die Haltung von Pferden

- Zuwendungsfähig sind Anlagen/Systeme zur Haltung in Gruppen mit Auslauf.
- Für jedes Pferd ist ein ausreichend breiter Fressplatz/Fressstand bereitzustellen. Sollte dies nicht der Fall sein (z. B. computergesteuerte Fütterung), muss durch

geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass eine gleichzeitige Aufnahme, zumindest von Raufutter, für alle Pferde möglich ist.

- Die Liegefläche muss mit einem planbefestigten Boden ausgestattet sein, der ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen wird.
- Ein besonderes Abteil für kranke, verletzte unverträgliche oder neu eingestellte Tiere muss bei Bedarf eingerichtet werden können. Dieses muss mindestens Sicht-, Hör- und Geruchskontakt zu einem anderen Pferd gewährleisten.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren jederzeit ein geeigneter Auslauf zur Verfügung steht.
- Im Sommer wird den Pferden zusätzlich regelmäßiger Weidegang angeboten.

- B - Premianforderungen

Mit den zu fördernden Investitionen sind aufbauend auf den Basisanforderungen der Anlage 1 A die baulichen und technischen Voraussetzungen zur Einhaltung der folgenden Anforderungen zu schaffen:

Anforderungen an Laufställe für Milchkühe und Aufzuchtrinder

Förderungsfähig sind Laufställe, die über einen Auslauf für mindestens ein Drittel der Milchkühe (4,5 m²/GV) verfügen. Auf einen Auslauf kann bei regelmäßigem Sommerweidegang und mindestens 7 m²/GV (nutzbarer) Stallfläche verzichtet werden.

Anforderungen an die Kälberhaltung

Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren entweder während der Weideperiode täglich ein Auslauf mit freiem Zugang zu einer Tränkevorrichtung geboten werden kann oder die Tiere im Offenstall (einschließlich Kälberhütten) gehalten werden.

Anforderungen an Haltungsformen in der Rindermast (außer Mutterkuhhaltung)

Die verfügbare Fläche muss

- bis 350 kg Lebendgewicht mind. 3,5 m² pro Tier und
- über 350 kg Lebendgewicht mind. 4,5 m² pro Tier betragen.
- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können. Bei Vorratsfütterung ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1,2 : 1 zulässig.

Anforderungen an die Haltung von Mutterkühen

- Der Stall muss über einen Auslauf für mindestens ein Drittel der Mutterkühe (4,5 m²/GV) verfügen. Auf einen Auslauf kann bei regelmäßigem Sommerweidegang und mindestens 7 m²/GV (nutzbarer) Stallfläche verzichtet werden.

Anforderungen an die Haltung von Mastschweinen

- Die Buchten müssen so gestaltet sein, dass sie in Liege-, Aktivitäts- und Kotbereich strukturiert werden können.
- Der Liegebereich muss planbefestigt und zur Verbesserung des Liegekomforts mit Stroh (Minimaleinstreu) eingestreut werden. Alternativ dürfen gleichwertige Maßnahmen (z. B. Matten) verwendet werden. Zum Trockenhalten darf der Liegebereich ein leichtes Gefälle oder eine Drainage aufweisen.
- Als eines der drei Beschäftigungselemente ist ein Beschäftigungsautomat mit Stroh oder Strohpellets vorgeschrieben.
- Es muss mindestens folgendes Platzangebot zur Verfügung stehen:

Gewicht	Stallgrundfläche
< 50 kg	0,7 m ² je Tier
<120 kg	1,1 m ² je Tier
>120 kg	1,6 m ² je Tier

Einrichtungen, wie z.B. Fütterungs- und Beschäftigungsautomat und Tränke sind in der vorgegebenen Stallgrundfläche bereits enthalten.

- Der Liegebereich im Stall muss als inklusiver Bestandteil der Fläche im Stall positioniert sein und entsprechend des Lebendgewichtes der Tiere folgendes Platzangebot bieten:

Gewicht	Stallgrundfläche
< 50 kg	0,25 m ² je Tier
<120 kg	0,6 m ² je Tier
>120 kg	0,9 m ² je Tier

- Bei Umbauten darf - bei unverändertem Gesamtplatzangebot - die Fläche des Liegebereichs 10 Prozent kleiner ausfallen. Den Tieren müssen die vorgegebenen Flächenmaße als Liegefläche uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Anforderungen an die Haltung von Aufzuchtferkeln

- Platzangebot und Buchtenstrukturierung:
 - Trennung von Liege-, Kot- und Aktivitätsbereich; Liegebereich wandständig;
 - Folgende Flächenvorgaben je Tier:
 - <20 kg: 0,35 m², davon 0,15 m² Liegefläche
 - <30 kg: 0,45 m², davon 0,20 m² Liegefläche.
- Planbefestigter Liegebereich mit max. 3 Prozent Perforation und Minimaleinstreu.
- Je 12 Tiere mindestens ein Platz am Beschäftigungsautomat mit Stroh und organischen Materialien als Beschäftigungsmaterial.

Anforderungen an die Haltung von Zuchtsauen, Jungsauen und Zuchtebern

- Die Haltungseinrichtung für Eber muss eine Fläche aufweisen, die mindestens 20 Prozent größer ist, als nach der TierSchNutzV vorgeschrieben.
- Für Jungsauen und Sauen muss im Zeitraum von über vier Wochen nach dem Decken bis eine Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 Prozent größer ist, als nach der TierSchNutzV vorgeschrieben.

- Die Mindestfläche je Abferkelbucht muss 6 m² betragen.
- Die Haltungseinrichtung in der Abferkelbucht muss so ausgestaltet sein, dass sie nach dem Abferkeln dauerhaft geöffnet werden kann. Die Sau muss sich dann ungehindert umdrehen können.

Anforderungen an die Haltung von Ziegen

- Die nutzbare Stallfläche muss mind. 1,5 m²/Ziege und 0,35 m²/Zicklein betragen.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren ganzjährig ein Auslauf zur Verfügung steht. Im Stall- oder Auslaufbereich sind geeignete Klettermöglichkeiten zu schaffen.

Anforderungen an die Haltung von Schafen

- Die nutzbare Stallfläche muss mind. 1,5 m²/Schaf und 0,35 m²/Lamm betragen.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein Auslauf zur Verfügung steht, der so bemessen und gestaltet ist, dass er für die Sammlung und den Aufenthalt der Herde ausreicht.

Anforderungen an die Freilandhaltung von Legehennen

- Der Stall muss über einen Dachüberstand von mindestens 2 m Breite/Tiefe über die gesamte mit Ausschlupflöchern versehene Stallseite verfügen. Die gesamte Fläche unter dem Dachüberstand muss befestigt sein.
- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrraum verbunden sein, der mindestens einem Drittel der nutzbaren Fläche entspricht.
- Die Zugänge vom Kaltscharrraum zum Freiland müssen über die gesamte Länge einer Außenwand verteilt und mindestens 60 cm hoch sein.
- Für je 500 Legehennen müssen die Zugangsöffnungen in der Summe mindestens 200 cm breit sein.
- Für Mobilställe ist kein Dachüberstand und keine Befestigung unter dem Dachüberstand erforderlich. Bei Mobilställen ist über ein entsprechendes Management sicherzustellen, dass die Grasnarbe im Auslauf erhalten bleibt.

Anforderungen an die Bodenhaltung von Legehennen

Der Kaltscharrraum muss mindestens einem Drittel der nutzbaren Stallfläche entsprechen und mit geeigneten, ausreichend bemessenen und gleichmäßig verteilten Staubbädern ausgestattet sein.

Anforderungen an die Haltung von Mastputen

- Der Stall muss so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase bei Putenhennen max. 35 kg und bei Putenhähnen max. 40 kg Lebendgewicht pro m² nutzbarer Stallfläche nicht überschreitet.
- Der Kaltscharrraum bzw. Wintergarten muss mindestens 800 cm²/Putenhahn und 500 cm²/Putenhenne umfassen und mit geeigneten, ausreichend bemessenen und gleichmäßig verteilten Staubbädern ausgestattet sein.

Anforderungen an die Haltung von Masthühnern

- Die Besatzdichte darf max. 25 kg/m² bezogen auf die Stallgrundfläche nicht überschreiten. Der vorgeschriebene Kaltscharrraum kann insoweit auf die Besatzdichte angerechnet werden, dass eine Besatzdichte von max. 29 kg/m² bezogen auf die Stallinnenfläche nicht überschritten wird.
- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrraum verbunden sein, der einem Anteil von mindestens 20 Prozent an der Stallgrundfläche entspricht und an der Längsseite des Stalles anzugliedern ist.
- Pro 100 m² Stallgrundfläche bzw. 1500 Masthühnern sind mindestens insgesamt zwei Meter Lukenbreite vorzuhalten. Jede Lukenöffnung muss mindestens 50 cm breit sein, die Lukenöffnungen müssen gleichmäßig über die Längsseite des Stalles verteilt sein.

Anforderungen an die Haltung von Enten oder Gänsen

- Der Stall muss so bemessen sein, dass die Besatzdichte während der Endmastphase bei Mastenten max. 20 kg und bei Mastgänsen max. 15 kg Lebendgewicht pro m² nutzbarer Stallfläche nicht überschreitet.

- Ein stallnaher Außenauslauf von mind. 2 m²/Mastente bzw. 4 m²/ Mastgans muss zur Verfügung stehen. Bei der Gänsemast muss zudem eine ausreichende Weidemöglichkeit auf Grünland oder Ackerfutter gewährleistet sein.

Anforderung an die Haltung von Pferden

Die nutzbare Liegefläche muss mindestens 9 m²/Pferd und mindestens 7 m²/Pony betragen.

Anlage 2: Gewährung und Verwaltung von Bürgschaften

1. Allgemeines

Für Kapitalmarktdarlehen, die zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der zuwendungsfähigen Investitionen erforderlich sind, können vom Land anteilige modifizierte Ausfallbürgschaften bis zu einer Million Euro übernommen werden, soweit das Darlehen nicht durch bankübliche Sicherheiten gedeckt und mit der Zahlung der vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen gerechnet werden kann.

Der Bund übernimmt hierfür befristet bis zum 31. Dezember 2016 mit gesonderter Erklärung eine Garantie von 60 Prozent.

2. Voraussetzungen

2.1. Bürgschaften können nur für Kapitalmarktdarlehen übernommen werden, die bei Antragstellung auf Bürgschaftsübernahme noch nicht gewährt oder verbindlich zugesagt worden sind. Eine Darlehenszusage unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Bürgschaftsgewährung ist unschädlich.

2.2. Die Bürgschaften decken höchstens 70 Prozent des Ausfalls an der Hauptforderung, den marktüblichen Zinsen sowie den Kosten der Kündigung und Rechtsverfolgung sowie den notwendigen Auslagen bei Verwertung der Sicherheiten, für die Kosten und Auslagen jedoch nur bis zu 2 Prozent des Bürgschaftshöchstbetrages für die Hauptforderung.

Ab Eintritt des Verzugs der Kreditnehmerin/des Kreditnehmers ist der Zinssatz in die Bürgschaft einbezogen, der gegenüber der Kreditnehmerin/dem Kreditnehmer als Schadenersatzanspruch geltend gemacht werden kann. Die Höhe des Schadenersatzanspruches ist auf den Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches zuzüglich 5 Prozent p.a. begrenzt, es sei denn, im Schadensfall wird ein höherer Erstattungsanspruch nachgewiesen. In keinem Fall darf jedoch der vertraglich vereinbarte und vom Land gebilligte Regelzinssatz überschritten werden.

Sonstige Verzugsschäden, Zinseszinsen, Stundungszinsen, Provisionszinsen, Strafzinsen, Überziehungszinsen, sonstige Verzugsschäden, Bearbeitungsgebühren und

Prüfungskosten sind von der Bürgschaft nicht erfasst und dürfen auch nicht mittelbar in die Ausfallberechnung einbezogen werden.

Der Selbstbehalt der Hausbanken beträgt mindestens 30 Prozent; er darf nicht gesondert oder vorrangig besichert oder auf Dritte übertragen werden.

Bürgschaften unter 100 000 Euro werden nicht übernommen.

2.3. Die Darlehensnehmerin/der Darlehensnehmer hat eine marktübliche Provision (einschließlich Risikoentgelt) für die Gewährung der Bürgschaft zu entrichten und so weit wie möglich Sicherheiten - vorrangig Grundpfandrechte - zur Verfügung zu stellen. Dies gilt auch, wenn sie/er nachträglich dafür geeignetes Vermögen erlangt. Zu den Sicherheiten, die vor Feststellen des Ausfalls zu verwerten sind, gehören auch etwaige für das Darlehen gegebene Bürgschaften Dritter. Bei haftungsbeschränkenden Rechtsformen ist Voraussetzung für die Vergabe einer Ausfallbürgschaft, dass alle Gesellschafter, die einen wesentlichen Einfluss auf den Darlehensnehmer ausüben können, für das Darlehen mithaftend, zumindest aber eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Darlehenshöhe abgeben.

2.4. Die Übernahme von Bürgschaften in Sanierungsfällen ist ausgeschlossen.

3. Verfahren

3.1. Die Durchführung und Verwaltung der Bürgschaftsgewährung wird von der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH vorgenommen.

Sie trifft die Entscheidung über die Gewährung einer Ausfallbürgschaft für Kapitalmarktdarlehen im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung. Das Verfahren zur Bürgschaftsgewährung läuft parallel zum Antrags- und Bewilligungsverfahren auf Gewährung einer Investitionsförderung.

3.2. Hinweise zum Verfahren der Bürgschaftsgewährung

Der Antrag auf Gewährung einer Bürgschaft für das Kapitalmarktdarlehen ist bei der Hausbank (Antragsvordruck ist bei der Hausbank erhältlich) zusammen mit einer Kopie des Förderantrags und des Investitionskonzeptes einzureichen.

Die Hausbank prüft den Bürgschaftsantrag und leitet ihn an die Bürgschaftsbank weiter. Dabei ist zu bestätigen, dass

- keine ausreichenden bankmäßigen Sicherheiten im erforderlichen Ausmaß vorhanden sind,
- die Kapitaldienstfähigkeit derzeit gegeben ist und
- die Folgekosten auf Dauer tragbar erscheinen.

Die Bürgschaftsbank holt beim zuständigen Regierungspräsidium eine Stellungnahme zur betriebswirtschaftlichen Beurteilung des Projektes sowie zum Vorliegen der Fördervoraussetzungen ein und entscheidet bei positiver Beurteilung des Regierungspräsidiums ggf. nach Vorlage weiterer Stellungnahmen/Gutachten und der Zustimmung durch das Ministerium über den Bürgschaftsantrag.

Die Bürgschaftsbank erstellt die Bürgschaftsurkunde und leitet diese dem Regierungspräsidium und nachrichtlich dem Ministerium zu.

Das Regierungspräsidium erlässt den Zuwendungsbescheid einschließlich der Zusage zur Übernahme der Ausfallbürgschaft und leitet die Bürgschaftsurkunde der Hausbank zu.

Sobald die Hausbank die erforderlichen Mitteilungen vorlegt, wird die Bürgschaftsbank dem Ministerium die neu vergebene Bürgschaft mit der Anlage 1 der Rückbürgschaftserklärung des Landes zur Erfassung der Bürgschaften anzeigen.

Wird der Antrag auf Gewährung einer Bürgschaft nicht genehmigt, hat das Regierungspräsidium den Förderantrag abzulehnen.

4. Weitere Hinweise zum Verfahren der Bürgschaftsverwaltung

Vor einer das Land als Rückbürgen belastenden Änderung von Ausfallbürgschaften hat die Bürgschaftsbank dessen Zustimmung einzuholen. Für Fälle minderer Bedeutung ist diese Zustimmung nicht erforderlich. Dies gilt insbesondere bei

- Änderungen der Sicherheiten und des Verwendungszwecks, die wertmäßig (aktueller Wert) – bezogen auf den Bürgschaftsanteil - 50 000 Euro nicht übersteigen, sofern der wirtschaftliche Zweck des Vorhabens dadurch keine Beeinträchtigung erfährt,
- Anpassung der Konditionen an die Bestimmungen des Förderkredites der öffentlichen Hand,
- Stundung fälliger Zins- und Tilgungsbeträge, sofern die Laufzeit des verbürgten Kredits hierdurch nicht verlängert wird,
- Aussetzung fälliger Tilgungsbeträge, sofern die Laufzeit des verbürgten Kredits bzw. die Bürgschaftsfrist hierdurch nicht mehr als ein Jahr verlängert wird,
- Verlegung des Tilgungsbeginns und der Bürgschaftsfrist bei verspäteter Auszahlung des Kredits durch die Hausbank,
- Wegfall und Änderung von Auflagen und Bedingungen, wenn damit die Basis der Bürgschaftsübernahme nicht wesentlich beeinträchtigt wird,
- notwendigen Entscheidungen bei gekündigten oder sonst Not leidenden Engagements mit Ausnahme der Verlängerung von Bürgschaftsfristen.

5. Kosten

Für die Gewährung, Bearbeitung und Betreuung erhebt die Bürgschaftsbank folgende Gebühren:

- jährlich eine Bürgschaftsprovision, die die mit der Gewährung der Bürgschaft verbundenen normalen Risiken abdeckt, und nach Vereinnahmung an das Land jeweils zum 28. Februar eines jeden Jahres abzuführen ist und
- eine einmalige Bearbeitungsgebühr in Höhe von 1 Prozent des genehmigten Bürgschaftsbetrages sowie jährlich ein laufendes Entgelt in Höhe von 0,2 Prozent des Kreditbetrages. Für die Bearbeitung von Änderungsanträgen wird je nach Arbeitsaufwand und Auswirkung auf das Bürgschaftsobligo eine Gebühr erhoben.

6. Ausfall

Bei einem Ausfall werden die Interessen des Landes von der L-Bank wahrgenommen.

Anlage 3: Aufgaben der Betreuerin/des Betreuers im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung

Die Betreuerin/der Betreuer unterstützt die Antragstellerin/den Antragsteller bei der Antragstellung und bei der Durchführung des Fördervorhabens nach Maßgabe des Zuwendungsbescheides. Dazu schließt die Betreuerin/der Betreuer mit der Antragstellerin/dem Antragsteller eine Vereinbarung ab, in der die Aufgaben gemäß dieser Verwaltungsvorschrift beschrieben sind.

Die Betreuung umfasst auch regelmäßige Besprechungen mit der Antragstellerin/dem Antragsteller und regelmäßige Besuche der Baustelle.

1. Projektvorbereitung und -planung

- Unterstützung der Antragstellerin/des Antragstellers durch Teilnahme an Besprechungen und erforderlichen Vor-Ort-Terminen mit Behörden, Notariaten, Kreditinstituten und Auftragnehmern;
- Mitwirkung bei der Standortwahl und bei der Erarbeitung einer funktionalen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Planung auf der Grundlage eines Raum- und Funktionsprogramms;
- Mitwirkung bei der Plausibilisierung der Kosten, der Einholung von Angeboten, der Kostenschätzung und der Kostenberechnung nach DIN 276;
- Hinwirken auf ausreichende Versicherungen (z. B. Haftpflichtversicherung, Bauwesenversicherung) der Bauherrin/des Bauherrn;
- Mitwirkung bei der Erfüllung baurechtlicher Bestimmungen, insbesondere des Gesetzes zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 (BGBl. I S. 2267).

2. Projektbeantragung und -durchführung

- Erarbeitung des Investitionskonzepts, das grundsätzlich auf Buchführungsabschlüssen basiert, in Abstimmung mit der unteren Landwirtschaftsbehörde bzw. dem Regierungspräsidium;
- Mitwirkung bei der Beschaffung der für die Durchführung des Vorhabens erforderlichen Finanzierungsmittel;

- Mitwirkung bei der Erarbeitung des Antrags auf Bewilligung von Fördermitteln und Vorlage des Antrags (mit Anlagen) beim zuständigen Regierungspräsidium;
- Mitwirkung bei der Beantragung der erforderlichen Genehmigungen;
- Mitwirkung bei der Auswertung von Angeboten und der Vergabe des Bauvorhabens;
- Freigabe des Vorhabens, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert und festgestellt ist, dass die im Investitionskonzept und in den Antragsunterlagen zu Grunde gelegten Verhältnisse noch zutreffen (Baubeginnsbesprechung);
- Mitwirkung bei der Einrichtung eines Baukontos, über das grundsätzlich alle Zahlungen ab Bewilligung abzuwickeln sind;
- Besorgung des sich aus der Durchführung des Vorhabens ergebenden Zahlungsverkehrs;
- Mitwirkung bei der Umsetzung des Bauvorhabens entsprechend des Zuwendungsbescheides;
- Mitwirkung bei der Antragstellung auf Auszahlung (Zahlungsanträge) nach den jeweils geltenden Verwaltungsvorschriften;
- Prüfung sämtlicher Rechnungen (Abschlags- und Schlussrechnungen) einschließlich ergänzender Unterlagen auf sachliche und rechnerische Richtigkeit;
- Regelmäßige Prüfung und Dokumentation der Bauausführung auf Übereinstimmung der mit der der Bewilligung zu Grunde liegenden baurechtlich genehmigten Planung und dem Finanzierungsplan;
- Erfüllung der Mitteilungspflichten gegenüber der Bewilligungsbehörde nach den Vorgaben des Zuwendungsbescheides;
- Unterrichtung der Bewilligungsbehörde über Abweichungen von der dem Zuwendungsbescheid zu Grunde liegenden Konzeption, soweit die Abweichungen zu einer wesentlichen baufachlichen Änderung des Bau- und/oder Raumprogramms, einer wesentlichen Erhöhung der Betriebskosten oder einer wesentlichen Überschreitung der Baukosten führen;
- Mitwirkung bei der Durchsetzung von Gewährleistungsansprüchen der Bauherren/des Bauherrn innerhalb der Gewährleistungsfrist.

3. Projektabschluss

- Erstellung des Verwendungsnachweises nach den Vorgaben des Zuwendungsbescheides;
- Aktenaufbewahrung bis zum Ablauf von zehn Jahren ab dem Zeitpunkt der Anerkennung des Verwendungsnachweises. Die Aktenaufbewahrung kann der Zuwendungsempfängerin bzw. dem Zuwendungsempfänger unter Erfüllung derselben Auflagen übertragen werden.

4. Kontroll- und Evaluierungsmaßnahmen

- Unterstützung der Prüfungen durch Behörden der EU, des Bundes oder Landes einschließlich der Gewährung von Akteneinsicht;
- Mitwirkung bei der Evaluation.